Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 34 (1954-1955)
Heft: 6

Artikel: Das geteilte Irland
Autor: Górski, Christoph
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-160327

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DAS GETEILTE IRLAND

VON CHRISTOPH GÓRSKI

Es ist für jeden Menschen, der die Freiheit schätzt, eine Genugtuung zu wissen, daß ein kleines Volk nach acht Jahrhunderten seine Unabhängigkeit wieder erlangt hat und sich nach streng demokratischen Regeln selbst regieren kann. Diese Genugtuung steigert sich zur Freude, sobald man auf der schönen Insel landet. Die spontane Freundlichkeit der Iren, die Aufrichtigkeit der Gesinnung, die Gastfreundschaft gegenüber dem Fremden und nicht zuletzt der sprichwörtliche Humor (Bernard Shaw!) bringen es mit sich, daß wir mit freundschaftlichem Interesse die Fortschritte beobachten, welche die junge Republik auf allen Gebieten der Wirtschaft und der Kultur zu verzeichnen hat. Bald kommt aber der Augenblick, wo man von der «Partition» — der Teilung des Landes — hört: die Gesichter werden ernst, die Stimmen bewegt. Warum wurde die historische Einheit des Landes nicht respektiert? Warum trennte Großbritannien sechs von den zweiunddreißig Grafschaften ab, welche die Krone — mit Autonomiestatut — unter ihrer Oberherrschaft behielt? Achtzig Prozent der Iren waren und sind für die Einheit der Insel. Ist es demokratisch, sich über den Willen einer so großen Mehrheit hinwegzusetzen? Und man zitiert den Sezessionskrieg und den Sonderbund, um zu beweisen, daß in einer für den Staat so lebenswichtigen Frage unbedingt die Mehrheit zu entscheiden habe. An diesem Unrecht, sagt man, sei England schuld.

Damit sind wir beim Groll gegen England angelangt. Bevor wir aber auf seine tieferen Gründe eingehen, stellen wir sofort fest, daß von einem England-Haß keine Rede sein kann. Ohne es auszusprechen oder manchmal auch zu ahnen, fühlen sich hier die Leute doch irgendwie mit den Briten verwandt. Die englischen Feriengäste, die zu Tausenden die grüne Insel besuchen — einfach um sich voll zu essen —, werden willkommen geheißen. Aber viel mehr als das: während des letzten Krieges kämpften, trotz der offiziellen Neutralität, zweihundertfünfzigtausend irische Freiwillige in der britischen Armee. Diese imposante Zahl spricht für sich allein. Anderseits besteht aber auch die Erinnerung an die Vergangenheit. Die Geschichte erzählt uns furchtbare Dinge über die tragische Vergangenheit Irlands. Wie die Iren immer wieder nach dem Westen gedrängt wurden, um den britischen Kolonisten Platz zu machen. Man billigte ihnen höchstens Reservate zu, wie etwa den Indianern in den Vereinigten Staaten, bis endlich der ganze Boden den Eroberern gehörte und jeglicher Besitz Einheimischen überhaupt verboten wurde. Ja,

sie durften nicht einmal ohne Sattel reiten, was als Bezeugung der nationalen Eigenart galt! Nach der Reformation wurde das katholische Bekenntnis der Iren erbarmungslos verfolgt. Und als schließlich infolge der katastrophalen Kartoffelernte im Jahre 1846 die armselige Bauernbevölkerung eine Hungersnot erlitt, an der Hunderttausende zugrunde gingen (die anglo-irischen Landlords exportierten gleichzeitig Nahrungsmittel!), begann die fluchtartige Auswanderung nach den Vereinigten Staaten, die in einer Periode, in welcher die Bevölkerung Großbritanniens sich verdoppelt hat, diejenige Irlands von acht auf vier Millionen herabsetzte.

Die im Laufe der Zeit eingewanderten Engländer wurden nach und nach gute Iren. Die Assimilation wurde aber nach der Reformation durch den Konfessionsunterschied erschwert, insbesondere als Cromwell die einheimischen Bewohner aus der Nordostecke des Landes vertrieb und schottische Siedler dorthin brachte. Um diese kompakte Bevölkerungsgruppe, die mit der Zeit auch irisch wurde — aber auf ihre eigene Art —, entstand ein Problem, das schließlich zur Teilung Irlands führte.

Die Außenpolitik der Republik Irland wird von dieser Tatsache beherrscht. Die offizielle Neutralität während des zweiten Weltkrieges, die Weigerung, dem Atlantikpakt beizutreten, die vollständige Loslösung aus der britischen Völkergemeinschaft, die immer wieder sich wiederholenden Anschuldigungen gegen Großbritannien seitens der irischen Minister und Politiker: all das schafft eine Atmosphäre der Spannung, die einmal gefährlich werden könnte. Und zwar gefährlich für beide Partner: denn so wie ein fast wehrloses Irland im Falle seiner Besetzung durch eine kontinentale Macht eine tödliche Bedrohung für Großbritannien bilden würde, so würde auch ein Ausscheiden der britischen Flotte die Küsten der grünen Insel ungeschützt lassen.

Die irische Außenpolitik ist eben weitgehend innenpolitisch bestimmt. Eine Partei, die sich mit der Teilung des Landes abfinden würde, verschwände blitzartig. Und es bleibt den Politikern nichts übrig, als an dem Wettlauf der Unnachgiebigkeit in der Teilungsfrage teilzunehmen. Es liegt in der Natur der Dinge, daß dann manchmal weiter gegangen wird, als es der wirklichen Bedeutung dieser Frage für den einfachen Mann — und das Interesse des Landes selbst — entspricht. Wir denken dabei an die Annahme des «Foreign Relations Act» durch das irische Parlament im Jahre 1948, wodurch die letzte — rein formelle — Bindung an das Commonwealth aufgelöst wurde (bis dahin unterzeichnete der König die Beglaubigungsbriefe der irischen Gesandten). Die folgenschwere Reaktion Londons kam völlig unerwartet. Es war die gesetzliche Bestimmung, «daß ohne Einwilligung des nordirischen Parlamentes weder Nordirland

noch irgend ein Teil desselben aufhören wird, ein Teil der Besitzungen Seiner Majestät und des Vereinigten Königreichs zu sein». Mit diesem Schachzug entzog Attlee — wenigstens formell — der irischen These, daß die Schuld nicht nur an der Teilung selbst, sondern auch an ihrer Aufrechterhaltung an London liege, den Boden. Nun fragt man sich in manchen politischen Kreisen sowohl Süd- als auch Nordirlands, ob die britische Regierung nicht noch einen Schritt weiter gehen könnte, indem sie Nordirland den Dominionstatus zubilligen würde. Damit wäre für alle Welt klar, daß die beiden Staaten Irlands nur unter sich allein den Streit regeln könnten. Freilich wäre damit auch die Aussicht auf eine Vereinigung auf die lange Bank geschoben, denn nur in seltensten Fällen ist ein Staatswesen bereit, in einem anderen aufzugehen.

Großbritannien ist gewiß mitschuldig an der Teilung und an der Art wie sie durchgeführt wurde. Man war im Jahre 1921 bestrebt, das der Dubliner Regierung zu entziehende Areal so groß wie möglich zu machen. Man meinte, daß die in der großen Industriestadt Belfast und in ihrer Umgebung wohnenden Protestanten ein Gebiet regieren könnten, in dem die Katholiken ein Drittel der Bevölkerung nicht überschreiten. Diese Annahme hat sich erfüllt, aber dies bedeutet, daß Belfast über ein Land herrscht, dessen Hälfte mehrheitlich von Katholiken bewohnt wird. Somit wurde hier in Nordirland eine Lage geschaffen, die schlimmer ist als diejenige, die man für Gesamtirland vermeiden wollte. Um die so entstandene Situation zu meistern, hat Belfast das Land auf sonderbarste Weise in Wahlbezirke verteilt, nämlich so, daß bei Wahlen ins Parlament und in sonstige wählbare Körperschaften die Katholiken, allerdings mit Mühe und Not, meistens überstimmt werden. Sie sind auch zahlreichen Schikanen ausgesetzt, was sich durch ihre prinzipielle Feindschaft gegenüber der Belfaster Regierung teilweise erklären läßt. Es wird hingegen allgemein zugegeben, daß die Protestanten in der Republik sich nicht nur völliger Freiheit, sondern auch eines verhältnismäßig großen Einflusses erfreuen.

Der Leser hat gemerkt, daß wir bei der Analyse des politischen Kräfteverhältnisses in Nordirland die Protestanten und Katholiken als Gegner, bzw. Anhänger der Vereinigung Irlands betrachten. Diese Gleichstellung stimmt im großen und ganzen. Im neunzehnten Jahrhundert, als die irische Sprache von der englischen aus den meisten Bezirken des Landes verdrängt wurde, verschwand diese natürliche Basis der «irischen Nationalität». Es war die katholische Emanzipationsbewegung, die sich mit der nationalen Sache identifizierte. Mit der Zeit erweckte das bei den Protestanten die Befürchtung, daß sie unter die Herrschaft der katholischen Mehrheit geraten könnten. Immerhin blieb bis in die neueste Zeit ein Teil der protestantischen

Elite in der Unabhängigkeitsbewegung führend (bis zuletzt war ein Protestant Präsident der Irischen Republik). Die unerfreuliche Verquickung der Religion mit der Politik brachte einen religiösen Fanatismus, der mit der Frömmigkeit — die sonst die Irländer auszeichnet — nichts Gemeinsames hat. Dieser Fanatismus wurde durch politische Manöver beiderseits geschürt, wodurch das Problem der Vereinigung des Landes in eine Sackgasse geriet.

Die Hoffnung der Dubliner Politiker, daß man London durch Agitation der Millionen von Iren in den Vereinigten Staaten und durch das bereits erwähnte Abseitsstehen vom westlichen Sicherheitssystem veranlassen könnte, die Leute von Belfast zu zwingen, sich der Republik anzuschließen, ist als gescheitert zu betrachten. Und das, obschon Dublin versprochen hat, dem Norden jede gewünschte Autonomie zu gewährleisten. Diese Autonomie besitzt ja der Norden bereits.

Am Vorabend des ersten Weltkrieges wollten die Engländer, genauer gesagt die liberale Mehrheit, die Selbstregierung — das Home Rule — dem gesamten Lande zugestehen, was auf scharfen Widerstand der nordirischen «Orangisten» stieß. Irland sollte aber im Gefüge des «Empire» fest verankert bleiben. Heute ist Irland ein völlig unabhängiger Staat, und nur die wenigsten Engländer wären bereit, ihre Glaubensgenossen zu zwingen, sich von der Krone loszutrennen und der Republik anzuschließen.

Man darf wohl nach mehr als dreißig Jahren behaupten, daß die Politik Dublins Schiffbruch erlitten hat. Je eher man dies in Irland einsieht, um so schneller wird man den einzigen Weg einschlagen, der eine gewisse Chance böte, die Vereinigung des Landes herbeizuführen. Das wäre eine Politik, die von dem Grundsatz ausginge, daß die Wiedervereinigung nur dann möglich sein wird, wenn die Mehrheit in Nordirland dafür gewonnen werden kann.

Allerdings wäre es auch möglich, sich um den Anschluß jener Teile Nordirlands an die Republik zu bemühen, die mehrheitlich von Katholiken bewohnt werden. Dadurch würde dieses auf ein so kleines Areal reduziert, daß es — wie manche meinen — nicht mehr «lebensfähig» wäre. Dieser Lösung wurde aber in Dublin nie Vorschub geleistet, weil sie implicite einen Verzicht auf das engere Gebiet um Belfast bedeuten würde, in dem übrigens wiederum — vor allem in dieser Stadt selbst — eine katholische Minorität bliebe, deren Lage noch schwieriger und hoffnungsloser wäre.

Betrachten wir nun die Voraussetzungen des einzig gangbaren Weges: den der Überredung. Das zu erstrebende Ziel wäre, bei einem bedeutenden Teil der Protestanten die Angst vor den irischen Katholiken zu beseitigen und das Gefühl für die irische Solidarität zu erwecken. Auf religiösem Gebiet müßten in der Republik gewisse

Gesten der kirchlichen Hierarchie vermieden werden, die äußerlich den Anschein der Intoleranz erwecken und sich dazu eignen, als Nadelstiche gegen die Protestanten aufgefaßt und als solche politisch ausgebeutet zu werden. Um so mehr müßte im Bereiche der Politik geändert werden. Der Wendepunkt ergäbe sich in einer feierlichen Verkündigung — nicht nur durch die Regierung, sondern womöglich durch alle Parteien —, daß die irische Republik endgültig darauf verzichtet, auf der Vereinigung der Insel zu bestehen, solange die Bevölkerung Nordirlands diese nicht selbst mehrheitlich wünscht.

Die Initiative zu dieser Umkehr kann unmöglich von der katholischen Minderheit im Norden erwartet werden. Es ist sogar anzunehmen, daß sie eine derartige Wendung Dublins als schmerzliche Aufgabe ihrer Rechte empfinden würde. Das deutet bereits eine der vielen Schwierigkeiten an, welche diese Politik zu überwinden hätte. Allein die Geschehnisse drängen zur Eile. Sollte nämlich ein nordirisches Dominion ins Leben gerufen werden, dann verlöre Irland den Vorteil, aus freiem Entschluß diesen Weg zu beschreiten, da es dann keinen anderen mehr gäbe.

Gesetzt der Fall, die Minderheit im Norden fände sich mit der neuen Lage ab, dann stünde für sie der Weg zu loyaler Mitarbeit mit den «Orangisten» offen. Diese könnten sich dann viel eher dazu entschließen, den Proporz bei allen Wahlen einzuführen, wodurch der Einfluß der Katholiken besser zur Geltung käme. Es würde eine Umschichtung des Parteiwesens stattfinden, indem nicht mehr die Frage, ob jemand für den Anschluß an Irland oder dagegen ist, sondern das ökonomische Interesse der einzelnen Volksschichten entscheidend wäre. Ob dann die Rechte oder die Linke ans Ruder käme, wäre in diesem Falle ohne Belang; die Regierung würde auch Katholiken einschließen müssen, was den Glauben an die Möglichkeit der konfessionellen Zusammenarbeit wecken würde. Gewisse Interessen und Tendenzen kämen dann zur Geltung, wie z. B. das Interesse der protestantischen Industriellen am irischen Schutzzoll, das in der Einstellung des stark von Katholiken durchsetzten Proletariats Belfasts seine Parallele hätte. Infolge der relativen Armut der Republik sind ihre sozialen Leistungen gegenüber den britischen im Rückstand; aus demselben Grunde hat aber das Geld im Süden mehr Wert als im Norden, wo übrigens die Steuerlast größer ist und die «Austerity» ihre Triumphe feiert. Wäre einmal die politische Lage aufgelockert, dann könnten die auf die Vereinigung hinzielenden Einflüsse, die jetzt zum Schweigen verurteilt sind, zur Geltung gelangen, wodurch die weitere Etappe, die der praktischen Zusammenarbeit, ermöglicht wäre. Es wurden bereits in dieser Richtung schüchterne Versuche unternommen (Eisenbahnen und Stromversor-

gung). Die Möglichkeiten, die hier offen stehen, sind zahlreich und vielversprechend, und ihre schrittweise Verwirklichung würde, trotz der Beibehaltung der politischen Autonomie des Nordens, die stufenweise Verwirklichung der erhofften Einheit des Landes bedeuten.

Aber auch außenpolitisch wäre diese Politik von Vorteil: Irlands vitales Interesse, sich dem Lager der Westmächte anzuschließen, könnte zur Geltung kommen, ohne durch den Streit um die nördlichen Grafschaften beeinträchtigt zu sein. Besonders die Zusammenarbeit mit Großbritannien, mit dessen Wirtschaft diejenige Irlands steht und fällt, würde sich viel enger gestalten. Das wäre ein Faktor, der die Nordiren, die sich den Briten vielfach verbunden fühlen, ihren südlichen Brüdern näher brächte. Auch London würde dann der Wiedervereinigung eher seinen Segen erteilen. Allerdings, mit raschen Erfolgen dieser Politik ist kaum zu rechnen, doch hat die entgegengesetzte im Laufe der letzten dreißig Jahre nicht den geringsten Vorteil gebracht. Im Gegenteil: die Trennung hat immer mehr definitives Gepräge erhalten.

Irland sollte einsehen, daß der Weg zur Einheit nicht durch London und noch weniger durch Washington führt, — sondern durch Belfast.

Der Kommunismus ist nicht in erster Linie ein ökonomisches Phänomen, sondern vor allem ein geistiges und moralisches. Er versucht in Ideologie und Praxis, jedes geistige und moralische Prinzip zu zerstören. Er ist daher im eigentlichen Sinne des Wortes eine Häresie. Theoretisch sind wir zwar davon überzeugt, aber wenn es sich in der Praxis darum handelt, die Mittel zu untersuchen, mit denen wir dieses traurige Übel unserer Zeit bekämpfen können, dann verfallen wir dem Irrtum, es als soziales Phänomen vorwiegend wirtschaftlicher Natur zu betrachten.

Aus dem Amtsblatt des römischen Klerus von Mitte Mai 1954